**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 20.12.2007
	Schriftführer Willi Schmitz
	Telefon-Nr. 02202/141382
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Mittwoch, dem 12. Dezember 2007
Sitzungsort	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)
Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	16:04 Uhr - 19:27 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
A <u>Öffentlicher Teil</u>	
1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit	
2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 08.11.2007 - öffentlicher Teil -	
3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 08.11.2007 - öffentlicher Teil - <i>665/2007</i>	
4. Mitteilungen des Vorsitzenden	
5. Mitteilungen des Bürgermeisters	
6. Mobile Geschwindigkeitsüberwachung <i>687/2007</i>	
7 a. Straßenausbau Kippekausen <i>680/2007</i>	
7 b. Anregung vom 01.11.2007, die im Bereich des Gebäudes Kippekausen 4 befindliche Bushaltestelle zu verlegen; Antragsteller: Eigentümergeinschaft des Hauses Kippekausen 4, c/o Alfred Olbertz und Josef Faulhaber, Kippekausen 4, 51427 Bergisch Gladbach <i>689/2007</i>	

8. **Straßenbauprogramm 2008**
684/2007
9. **Artikelsatzung zur Reintegration von Eigenbetrieben**
639/2007
10. **Reintegration eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen;
VI. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister**
644/2007
11. **Haushalt 2008 des Fachbereiches Umwelt und Technik für die Bereiche Umweltschutz, Verkehrsflächen und Stadtgrün auf der Grundlage der neuen Produktgruppen**
693/2007
12. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2008**
632/2007
13. **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2008**
633/2007
14. **II. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**
669/2007
15. **VI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**
670/2007
16. **III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwägung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach**
668/2007
17. **2. Nachtrag zur Entgeltordnung des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach**
658/2007
18. **VIII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung)**
682/2007

19. **1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreini-
gungs- und Gebührensatzung)**
683/2007
20. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22.11.2007 die Verwaltung zu beauftragen, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infra-
struktur und Verkehr über die Fortschritte der EU-Umgebungslärmrichtlinie in
Bezug auf den Ballungsraum Köln-Leverkusen-Bergisch Gladbach zu berichten.**
688/2007
21. **Antrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2007, die Verwaltung wird beauftragt zu
prüfen, welches zur Sanierung anstehende Schulgebäude unter besonderer Be-
rücksichtigung einer energetischen Sanierung zu einer "Niedrigenergie-Schule"
modellhaft für weitere Sanierungen städtischer Gebäude umgerüstet werden
kann.**
691/2007
22. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Infrastruktur und Verkehr am 08.11.2007 - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Waldschmidt, eröffnet die 27. Sitzung in der siebten Wahlperiode und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- und fristgemäß einberufen wurde. Darüber hinaus stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und begrüßt die anwesenden Gäste. Angesichts des um eine Stunde nach vorne verschobenen Sitzungsbeginns hoffe er auf ein früheres Ende der Sitzung. Er behalte sich jedoch vor, bei einer Sitzungsdauer von mehr als drei Stunden eine kurze Pause einzulegen.

Herr Rosen weist nochmals daraufhin, dass ein solch früher Sitzungsbeginn für einige Teilnehmer mit Schwierigkeiten verbunden sei.

Diesbezüglich erklärt Herr Waldschmidt, dass nach der Geschäftsordnung der Vorsitzende den Ausschuss einberufe und auch den Sitzungsbeginn festlege.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 08.11.2007 - öffentlicher Teil

@-> Die Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 08.11.2007 – öffentlicher Teil – wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 08.11.2007 - öffentlicher Teil -

@-> Frau Kreft möchte zu TOP A 9 aus der Sitzung am 08.11.2007 wissen, ob der Kreis sich bei seiner Entscheidung über die Naturdenkmäler von der Stellungnahme der Stadt habe beeinflussen lassen.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass der Kreis nach seiner Information nicht auf alle Vorschläge der Stadt eingegangen sei. Er sagt zu, über die Entscheidung des Kreises in einer Anlage zur Niederschrift dieser Sitzung zu informieren.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Es liegen keine Mitteilungen vor.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

<-@

6 Mobile Geschwindigkeitsüberwachung

@-> Herr Lang bringt für seine Fraktion die grundsätzliche Zustimmung zur Übernahme der Aufgabe zum Ausdruck, da hierdurch die Zahl der Unfälle verringert werden könne. Darüber hinaus könnte die Stadt hierdurch zusätzliche Einnahmen erzielen, was auch nicht schlecht sei. Allerdings habe man Bedenken gegen eine Fremdvergabe einer solchen hoheitlichen Aufgabe. Man gehe davon aus, dass dies auch bei den Bürgern mehrheitlich auf Unmut stoßen werde. Auch enthalte die Kalkulation seiner Ansicht nach einen Fehler, da die Kalkulation bei den Kosten für das Fahrzeug keine Abschreibung vorsehe.

Auf den Beschlussvorschlag der Verwaltung verweist Herr Widdenhöfer. So werde in Bonn die vorgeschlagene Vorgehensweise erfolgreich praktiziert. Es werde nicht die komplette Aufgabe auf einen Privaten übertragen, dies betreffe lediglich die Messtechnik sowie die Gestellung eines Messgehilfen. Bei den Messungen sei stets eine weisungsbefugte Hoheitsperson anwesend, so dass die Messungen auch von Gerichten anerkannt würden. Abschließend weist er darauf hin, dass das Fahrzeug auf 10 Jahre abgeschrieben werde, was sich auch aus der Vorlage, Seite 8 unten, entnehmen ließe.

Für künftige Vorlagen bittet Herr Sprenger, die Investitions- und Betriebskosten aus Gründen der Übersichtlichkeit getrennt auszuweisen. Weiterhin bittet er um Mitteilung, ob bei Übernahme der Aufgabe durch die Stadt von der Polizei im Stadtgebiet keine Geschwindigkeitsmessungen mehr vorgenommen würden (*wird durch die Verwaltung verneint*). Zusammenfassend werde man jedoch der Vergabe der Dienstleistung in der vorgeschlagenen Form zustimmen.

Herr Dr. Steffen begrüßt ebenfalls die Maßnahme, jedoch habe man Schwierigkeiten damit, dass die Verwaltung die teuerste Lösung wähle. Angesichts der Langfristigkeit einer solchen Übernahme sei es besser, im kommenden Jahr die entsprechenden Investitionen zu tätigen und diese dann abzuschreiben. Ziel der Übernahme sei neben einer Einnahmeverbesserung auch die Verbesserung der Verkehrssicherheit im Stadtgebiet. Sofern man die Technik erwerbe, könne man diese ggf. auch an die umliegenden Kommunen bei Bedarf weiter vermieten.

Herr Widdenhöfer weist darauf hin, dass die gewählte Variante nicht die teuerste Lösung sei. So stünden den einmaligen Investitionskosten von 139.000,00 € jährliche Betriebskosten von 110.630 € gegenüber, wobei die in der Vorlage genannte Leasing-Alternative gegenüber einer Vergabe billiger sei. Hierbei seien jedoch noch nicht kalkulierbare Nebenkosten sowie Ausfallzeiten zu berücksichtigen. Da man in diesem Bereich Neuland betrete, sei die Vergabe ein Versuch, um innerhalb des beabsichtigten Zeitraums Erfahrungen zu sammeln. Anschließend werde man dem Ausschuss einen Erfahrungsbericht unterbreiten und vorschlagen, in welcher Weise die Aufgabe fortgesetzt werden solle. Auch müsse berücksichtigt werden, dass bei der Vergabe lediglich eine Person benötigt würde, während bei der Leasing-Variante von zwei Stellen auszugehen sei.

Herr Dresbach schlägt dem Ausschuss vor, bereits nach einem halben Jahr einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Hierzu verweist Herr Waldschmidt auf die Vorlage, wonach die Verwaltung ohnehin nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht vorlegen wolle und regt daher an, nach einem halben Jahr lediglich einen Zwischenbericht zu fertigen.

Frau Schöttler-Fuchs erklärt, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Jedoch müsse sichergestellt werden, dass die Messungen mit wechselnden Fahrzeugen durchgeführt würden.

Diesbezüglich erklärt Herr Widdenhöfer, dass in Bonn so verfahren werde. Auch habe man im Fall der Vergabe vorgesehen, innerhalb abzusprechender Zeiträumen Regelungen über einen Fahrzeugwechsel oder einen Wechsel der Folienlackierung vorzunehmen.

Frau Kreft bittet in diesem Fall darauf zu achten, dass die Zeiträume nicht zu groß gewählt würden.

Herr Lang verweist auf eine Anregung des Personalrates, wonach alle Messungen vom Kreis – mobil und stationär – durch die Stadt übernommen werden sollen. Er beantragt daher als neuen Punkt 1. des Beschlussvorschlages die grundsätzliche Zustimmung zur Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung vom Kreis sowie eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages.

Eine grundsätzliche Übernahme der Aufgabe vom Kreis erscheint nach Ansicht von Herrn Widdenhöfer derzeit nicht sinnvoll, da die Technik der sog. Starenkästen veraltet und ein Erwerb daher finanziell zu gewagt sei. Aus diesem Grunde schlage man vor, zunächst die mobile Geschwindigkeitsüberwachung zu übernehmen, um bei einem Austausch der sog. „Starenkästen“ in Zukunft dann auch darüber nachzudenken.

Anschließend formuliert Herr Lang seinen ergänzenden Antrag wie folgt: „Der Übernahme der mobilen Geschwindigkeitsmessung wird grundsätzlich zugestimmt. Es ist anzustreben, vom Kreis auch die stationäre Geschwindigkeitsüberwachung zu übernehmen, sobald dies als wirtschaftlich angesehen wird.“

Herr Waldschmidt geht davon aus, dass ein solcher Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung eine Mehrheit finden dürfe.

Auch Herr Dr. Kassner spricht sich bei künftigen Vorlagen für eine sauberere Trennung der Investitions- und Betriebskosten aus. So sei aus der Vorlage zu erkennen, dass im Falle der Übernahme durch die Stadt eine sichere Garage zu errichten sei, deren Kosten allerdings noch nicht in die Berechnung eingeflossen seien. Auch bemängelt er, dass das Kästchen „finanzielle Auswirkungen“ nicht in der Vorlage auftauche.

Herr Ziffus vertritt anhand der Vorlage die Auffassung, dass der Aufwand im Falle eines kompletten Erwerbs durch die Stadt am geringsten sei. Selbst wenn man die Ausfallzeiten sowie den Bau einer Garage mit einkalkuliere, käme man wohl kaum über 130.000 € jährliche Betriebskosten. Ungeachtet dessen könne man den Zeitraum

von 18 Monaten nutzen, um im Rahmen einer Vergabe Erfahrungen zu sammeln. Auch könne er sich vorstellen, dass durch die Verleihung der Einrichtung an eine Nachbargemeinde ein Teil der Kosten refinanziert werden kann und bittet bezüglich einer möglichen Kooperation in diesem Punkt um Prüfung.

Ebenso wie seine Vorredner bittet auch Herr Dr. Fischer um eine bessere Kostenübersicht in künftigen Vorlagen. Ihm übrigen stimme man sowohl dem Beschlussvorschlag als auch dem Prüfauftrag von Herrn Lang zu.

Abschließend weist Herr Widdenhöfer darauf hin, dass eine Geschwindigkeitsmessung nur von den Kreisen bzw. den großen kreisangehörigen Städten vorgenommen werden darf. Selbstverständlich sei man auch in Zukunft in punkto Zusammenarbeit mit dem Kreis offen, um die Kapazitäten besser ausschöpfen zu können. Weiterhin betont er im Falle der Vergabe nochmals den Aspekt, dass lediglich die tatsächlichen Messstunden bezahlt würden. Ausfälle z.B. durch Eichung des Gerätes oder Fahrzeugwartung würden nicht vergütet.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr folgende Beschlüsse:

- 1. Der Übernahme der mobilen Geschwindigkeitsmessung wird grundsätzlich zugestimmt. Es ist anzustreben, vom Kreis auch die stationäre Geschwindigkeitsüberwachung zu übernehmen, sobald dies als wirtschaftlich angesehen wird (einstimmig).**
- 2. Die Messtätigkeit vor Ort (Gestellung des Messtechnikers, der Messtechnik und des Fahrzeuges) wird im Wege einer öffentlichen Ausschreibung zunächst für 18 Monate an einen externen Dienstleister vergeben (16 Ja-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN, FDP und KIDitiative bei einer Nein-Stimme BfBB).**
- 3. Die notwendigen Haushaltsmittel einschließlich der zu erwartenden Einnahmen sind in der Änderungsliste zum Haushalt 2008 enthalten und werden zur Verfügung gestellt (16 Ja-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN, FDP und KIDitiative bei einer Enthaltung BfBB).**
- 4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, im Vorgriff auf den Haushalt 2008 unmittelbar nach Beschlussfassung über den Haushalt die öffentliche Ausschreibung in die Wege zu leiten (16 Ja-Stimmen CDU, SPD, Bündnis 90/Die GRÜNEN, FDP und KIDitiative bei einer Enthaltung BfBB).**

<-@

@-> <-@

7

Straßenausbau Kippekausen

@-> Herr Waldschmidt verweist darauf, dass das Gutachten der Verwaltung erst seit dem 10.12.2007 vorläge.

Ergänzend erklärt Herr Hardt, dass zunächst Herr Schöneiseiffen als Gutachter eine kurze Zusammenfassung seines Gutachtens abliefern wird. Anschließend werde er

noch einige weitergehende Anmerkungen zu diesem Gutachten abgeben.

Sodann stellt sich Herr Schöneiseffen dem Ausschuss vor. Er sei beauftragt worden, da zwischen der Bürgerschaft und der Verwaltung Uneinigkeit darüber bestanden habe, inwieweit ein Ausbau der Straße als sog. „Vollausbau“ einschließlich eines Ausbaus der Gehwege und der Parkflächen oder alternativ als „Teilausbau“ beschränkt auf die Fahrbahn und die Bordsteine erfolgen könne. Des Weiteren habe er zu prüfen gehabt, ob in der Vergangenheit bei der Instandhaltung der Straße Versäumnisse aufgetreten seien. Die Straße sei in einem miserablen Zustand. Er sei jedoch der Meinung, dass die Gehwege und die Parkbuchten noch gut seien und durch bestimmte Maßnahmen noch erhalten werden können. Es seien verschiedene Varianten durchgerechnet worden, wobei ein Ausbau lediglich der Fahrbahn und der Bordsteine einschließlich der erforderlichen Angleichungsarbeiten ca. 240.000 € billiger als ein sog. „Vollausbau“ sei.

Etwas mehr Details aus dem Gutachten wünscht sich Herr Jung.

Hierzu verweist Herr Schöneiseffen nochmals auf die Fragestellung. Diese sei gewesen, ob es technisch möglich und auch sinnvoll sei, neben einem „Vollausbau“ auch die Alternative lediglich eines „Teilausbaus“ bezogen auf die Fahrbahn und die Bordsteine zu realisieren. Er sei zu dem Ergebnis gekommen, dass eine abgespeckte Lösung durchaus möglich sei.

Herr Waldschmidt erklärt, dass die zentrale Fragestellung gewesen sei: „Ist es bautechnisch und wirtschaftlich sinnvoll, einen getrennten Ausbau von Gehwegen und Parkstreifen einerseits und Fahrbahn andererseits vorzunehmen?“

Diesbezüglich erklärt Herr Schöneiseffen, er käme zu dem Ergebnis, dass es aus wirtschaftlicher und technischer Sicht durchaus sinnvoll sei, lediglich einen „Teilausbau“ durchzuführen, da die Gehwege und Parkstreifen noch in einem relativ guten Zustand seien. Auch gebe es Schwierigkeiten, aufgrund der finanziellen Situation der Kommunen Instandhaltungsmaßnahmen an Straßen durchzuführen, obwohl man könne jedoch die Nutzungsdauer einer Straße durch geeignete Maßnahmen um 10 – 15 Jahre entsprechend verlängern könne.

Herr Jung stellt die Frage, ob man für die Aussagen von Herrn Schöneiseffen überhaupt einen Gutachter benötigt hätte. Seiner Ansicht nach habe er offensichtlich das Problem überhaupt nicht verstanden. So stelle er fest, dass es das Wirtschaftlichste sei, die Erneuerung der Gehwege und der Parkflächen um bis zu 15 Jahre zu verschieben, um sie dann doch vorzunehmen.

Dieser Aussage widerspricht Herr Schöneiseffen. Er habe ausgeführt, dass die Fahrbahn und die Bordsteine komplett erneuert werden müssen. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, Teile des Gehweges und die Parkbuchten dauerhaft zu erhalten.

Weiterhin möchte Herr Jung wissen, ob die Gehwege behindertengerecht seien.

Hierzu erklärt Herr Schöneiseffen, dass ein Gehweg bei einer Neuanlage eine Breite von 2,50 Metern haben solle. Diese Breite sei nach den Planungen der Stadt aus dem Jahre 2004 nicht in allen Fällen gegeben, so betrage die Breite am Anfang lediglich

1,30 Meter. Begegnungsverkehr von Personen mit Rollstuhlfahrern sei in diesen Fällen auf dem Gehweg nicht möglich.

An das grundsätzliche Problem bei der Erneuerung einer Straße verweist Herr Jung. Demnach seien die Anlieger in den meisten Fällen mit geringfügigen Reparaturen einverstanden, soweit ihnen hierdurch keine Kosten auferlegt werden. Derartige Fälle habe der Ausschuss in der Vergangenheit meistens anders entschieden, da es sich in der Regel um kurzfristige Reparaturen handelt, die von der Allgemeinheit zu zahlen seien. Dies habe lediglich eine Verschiebung des Ausbaupunkts um ca. 10 Jahren zur Folge. Erst durch einen kompletten Ausbau könne seitens der Stadt garantiert werden, dass die Straße mindestens 30 Jahre halte, bis sie erneut erneuerungsbedürftig sei, auch wenn dieser Ausbau von den Anliegern zu zahlen sei. Wenn das Gutachten nunmehr die Aussage treffe, die Straße Kippekausen sei genauso gut wie eine neu errichtete Straße, sei es Unsinn, dort etwas zu unternehmen. Sage das Gutachten jedoch etwas anderes aus, müsse der Ausschuss darüber diskutieren, ob man dem Wunsch der Anlieger folge und lediglich einen „Teilausbau“ beschließe. Hierzu bittet er nochmals um entsprechende Erläuterungen durch Herrn Schöneiseffen.

Frau Kreft erinnert Herrn Schöneiseffen an seine Aussage, dass die Straße in einem relativ guten Zustand sei. Ihr sei diese Aussage zu unkonkret und bittet um eine entsprechende Konkretisierung. Darüber hinaus wünsche sie sich eine Wirtschaftlichkeitsberechnung der beiden Alternativen, um über die Kernfrage, was im Sinne der Stadt und was im Sinne der Bürger sei, entscheiden zu können. Ferner habe sie den Eindruck gehabt, dass sich durch Angleichungsarbeiten im Bereich der Parkflächen die Situation der Gehwege dort verändere. Auch hierzu bittet sie um entsprechende Informationen.

Nach Ansicht von Herrn Lang sei es langsam ein Skandal, wie der Vorgang mittlerweile behandelt werde. Seit rund 3 Jahren würde hin und her entschieden, dann beschließt der Ausschuss zusammen mit den Bürgern die Bestellung eines Gutachters. Über das Ergebnis des Gutachtens seien die Bürger nicht informiert worden und der Ausschuss erhalte zwei Tage vor der Sitzung das Ergebnis des Gutachtens auf den Tisch. Dies entspreche nicht seinem Demokratieverständnis, da er als Ratsvertreter gewählt worden sei, um die Dinge gründlich zu prüfen. Er verweist hierzu auf die Regelungen der Geschäftsordnung, wonach die Vorlagen eine Woche vor Sitzungsbeginn vorzuliegen hätten.

Herr Ziffus erklärt, er habe sich die Straße gestern Abend nochmals angeschaut. Hierbei sei ihm aufgefallen, dass die Bürgersteige bis auf einige Abschnitte eigentlich noch ganz o.K. seien. Es gebe zwar einige Höhenunterschiede, die ausgeglichen werden müssten, jedoch seien die Platten noch weitestgehend intakt. Auch die Parkbuchten seien seiner Ansicht nach weitgehend in Ordnung. Wenn er die Aussage des Gutachters richtig verstanden habe, sei mit der Sparvariante nicht gemeint, dass die Fahrbahn nur ausgebessert wird. Vielmehr trete der Spareffekt dadurch auf, dass außer der Erneuerung der Fahrbahn und der Bordsteine keine weiteren Erneuerungen des Gehweges und der Parkstreifen erfolgen. Diese Aussage sei für ihn nachvollziehbar. Soweit sich hierdurch die Kosten reduzieren ließen, habe dies für die Anlieger demnach sinkende Beiträge zur Folge, so dass die auch für die Eigentümer größerer Grundstücke von mehr als 800 m² Größe halbwegs erträglich seien. Vor dem Hintergrund des Zustands anderer Straßen im Stadtgebiet könne er sich gut vorstellen, dass die eingesparten Mittel an anderer Stelle für zusätzliche Erneuerungsmaßnahmen verwendet

werden können. Ihm persönlich erscheine ein „Teilausbau“ daher die bestmögliche Lösung.

Für die FDP-Fraktion erklärt Herr Dr. Fischer, dass man sich hinsichtlich des Ausbauszustandes weitestgehend den Ausführungen von Herrn Ziffus anschließe. Auch könne er die Kritik von Herrn Lang bezüglich der kurzfristigen Vorlage des Gutachtens nachvollziehen. Man habe das Gutachten gelesen und könne die Ergebnisse daraus gut nachvollziehen. Aus diesen Gründen plädiere man für eine abgespeckte Ausbaubauversion, wobei man davon ausgehe, dass bei einer Reparatur des Gehweges dieser die gleiche Lebensdauer erhalte wie die neue Fahrbahn, da der Gehweg nicht in dem Maße verschleibe wie z.B. die Fahrbahn einer Straße. Auch gehe man davon aus, dass die Reparaturkosten des Gehweges mit in den gesamten Ausbaukosten von rund 483.000 € erhalten seien. Ferner gehe man auch davon aus, dass der Bürgersteig nach der Reparatur behindertengerecht sei. Zwar gebe es das Problem eines möglichen Begegnungsverkehrs, dieses Problem gebe es jedoch an vielen Orten im Stadtgebiet. Sofern diese Voraussetzungen zuträfen, würde man der abgespeckten Version des Ausbaus zustimmen.

Herr Hillebrand verweist auf die Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes NRW und fragt, ob dem Gutachter die Regelungen der §§ 4 und 7 bekannt seien. Demnach müsse bei der Änderung oder Errichtung baulicher Anlagen die Barrierefreiheit eingehalten werden. Dies bedeute, dass eine entsprechende Breite des Gehweges einzuhalten sei. Er bittet daher, die Vorgaben des Gesetzes beim Ausbau zu beachten.

An die bekannten Probleme mit der Straße Kippekausen erinnert Herr Mömkes. Es habe viele Gespräche mit Bürgern und Verwaltung gegeben und man wisse, dass es hierbei nicht nur um die Frage gehe, ob eine Sanierung durchzuführen sei oder nicht, sondern es gehe auch um die Frage der Kosten, die auf die Bürger zukommen. Vor diesem Hintergrund bittet er um Mitteilung, inwieweit bei der Ausbesserung von rund 470 m² Gehweg vorhandene Platten wieder verwendet werden können. Weiterhin möchte er wissen, ob angesichts der im Gutachten genannten Unterschreitung der Mindestbreite für die Gehwege in vielen Bereichen eine Verbreiterung des Gehweges sinnvoll erscheine. Ferner sei aus dem Gutachten erkennbar, dass im Bereich der Parkflächen durch Bewuchs und Fahrzeugüberhang tatsächlich eine geringere Gehwegbreite vorliege. Er möchte wissen, ob beim Belassen des jetzigen Zustandes in diesem Bereich noch eine ordnungsgemäße Benutzung des Gehweges möglich sei.

Herr Dr. Steffen erkennt beim Ausbau der Fahrbahn und der Bordsteine aufgrund des unterschiedlichen Unterbaus die Gefahr von Setzungen im Bereich des Gehwegs an der Bruchkante zur Fahrbahn. Auch möchte er wissen, ob im Rahmen der Reparaturmaßnahme die Barrierefreiheit des Gehweges erzielt werden könne.

Angesichts der Vielzahl von Fragen bittet Herr Waldschmidt Herrn Schönesseiffen um deren Beantwortung.

Herr Schönesseiffen weist darauf hin, dass man bei der Betrachtung der Straße unterscheiden müsse zwischen Fahrbahn, Gehwegen und Parkbuchten. Die Fahrbahn selbst sei in einem absolut miserablen Zustand. In einem relativ guten Zustand sei hingegen der Gehweg, diesen könnte man durch Angleichungsarbeiten sowie die Ausbesserung

von 470 m² in einem Zustand erhalten, in dem er bei regelmäßiger Unterhaltung noch einige Zeit nutzbar sei. Die Kosten eines Gesamtausbaus betragen nach seiner Schätzung 723.000 €, die Kosten für lediglich einen „Teilausbau“ lediglich der Fahrbahn und der Bordsteine würden hingegen lediglich 483.000 € betragen und seien im Vergleich demnach 240.000 € günstiger. Bei der Kostenermittlung durch die Verwaltung hätten sich beim Teilausbau um 1,25 % sowie beim Vollausbau um 8,5 % geringere Kosten ergeben. Derzeit betrage die Breite des Gehwegs teilweise nur 1,30 Meter, auch zukünftig sei diese Breite im Einmündungsbereich Siebenmorgen entlang des Friedhofes geplant. Eine Verbreiterung sei nur zu Lasten der Fahrbahn, die hier 6 Meter breit geplant sei, möglich. In anderen Bereichen gehe eine mögliche Verbreiterung des Gehweges zu Lasten der Parkbuchten, wobei dann die Problematik des sog. Fahrzeugüberhangs zunehmen werde. Beide Lösungen seien jedoch nicht optimal. Probleme gebe es auch beim sog. Überwuchs, hier müsse durch die Stadt auch in Zukunft entsprechende Abhilfe geschaffen werden. Ferner sei eine verstärkte Abnutzung des Gehweges nur dort festzustellen, wo diese verstärkt von Autos, etwa im Bereich von Baustellen, mitbenutzt werde. Abschließend verweist er darauf, dass durch die teilweisen Ausbesserungsarbeiten im Gehweg zwangsläufig Bereiche entstünden, die optische Unterschiede ausweisen würden.

Aus Sicht der Verwaltung nimmt Herr Hardt zum Gutachten Stellung. Man habe vollstes Verständnis, dass die Anlieger aufgrund der Kostenbelastung an einer möglichst kostengünstigen Lösung interessiert seien. Jedoch wehre er sich gegen den Vorwurf, die Verwaltung arbeite mit fremdem Geld und sehe die Sache daher etwas anders. Allerdings halte die Verwaltung auch nach Vorlage des Gutachtens an der Auffassung fest, dass ein Komplettausbau der Straße die für alle Beteiligten sinnvollste und auch wirtschaftlichste Lösung darstelle. Er bekräftigt dies anhand einiger Fotos, z.B. aus der Görlitzer Straße als vergleichbare Straße und Beispiele einer Präsentation für den Ausschuss. Demnach bestehe bei den Gehwegen die Gefahr, dass diese aufgrund des fehlenden ausreichenden Unterbaus bei einer Erneuerung der Bordsteinanlage in die Fahrbahn kippen würden. Auch sei zu berücksichtigen, dass bei einer Erneuerung der Bordsteinanlage die erste Plattenreihe des Gehweges mit aufzunehmen sei, um einen entsprechenden Anschluss an die Bordsteine herzustellen sowie die zweite Plattenreihe auch noch anzugleichen sei. Anhand eines Querschnitts aus dem Bereich des Friedhofs erläutert er, dass hier bei einem Teilausbau auf dem südlichen Gehweg lediglich eine Plattenreihe erhalten bliebe, da im Bereich der auf dieser Seite verlaufenden Straßenbeleuchtung zusätzlich ein Leerrohr für die digitale Straßenbeleuchtung zu verlegen sei. Alles in Allem sei es unwirtschaftlich, hier lediglich eine Plattenreihe des Gehweges in der Mitte liegen zu lassen, da dies auch negative Auswirkungen auf die Einheitspreise im Rahmen der Ausschreibung haben dürfte. Ferner gebe es im östlichen Bereich der Straße Einfahrten mit einer Neigung von 10 % zur Straße hin. Diese Aspekte könnten im Rahmen eines Komplettausbaus mit verbessert werden. Entscheidend sei auch, dass es in der Kostenermittlung hinsichtlich Flächen noch einen enormen Unterschied gebe. Während Herr Schöneiseiffen von einer Nettoausbaufläche von rund 8.700 m² in seinem Gutachten ausgegangen sei, habe die Verwaltung in ihrer bereits vorgelegten dezidierten Kostenschätzung lediglich eine Fläche von rund 7.500 m² bei einem Vollausbau zugrunde gelegt. Aus diesem Grund sei er zuversichtlich, dass eine Vergleichsberechnung der beiden Alternativen auf der Grundlage der gleichen Fläche eine geringere Differenz ergebe. Auch sei zu berücksichtigen, dass die Kosten für die Reparaturen an den Parktaschen in den Gesamtkosten für den „Teilausbau“ nicht mit enthalten sind, so dass sich auch hierdurch eine Annäherung der Kostenunterschiede ergäbe.

Angesichts der Kritik von Herrn Hardt an seinem Gutachten erklärt Herr Schöneiseiffen, dass man sich in vielen Dingen einig gewesen sei. So sei auch bei einem „Teilausbau“ stets die Rede davon gewesen, die Bordsteine komplett zu erneuern. Zutreffend sei jedoch, dass er in seinem Gutachten von anderen Einheitspreisen ausgegangen sei. Allerdings lasse er die Angaben seiner Gutachten nochmals von einzelnen Tiefbauunternehmen durchrechnen und bestätigen. Bei der abgespeckten Lösung ergebe sich demnach für ihn ein Unterschied von 240.000 €, wo hingegen die Verwaltung lediglich einen Unterschied von 190.000 € ermittelt habe. Diese Differenz könne jedoch im Rahmen einer Ausschreibung wieder schrumpfen oder sogar ganz wegfallen, da die Zahlen lediglich als Entscheidungshilfe dienen sollen. Zur Sanierung der Parkbuchten erklärt er, dass durch die Aufbringung von 2 cm Asphalt in den Parkbuchten der Unterschied zum Gehweg auf 8 – 9 cm sinke. Dieser Unterschied sei noch im Rahmen dessen, was vertretbar sei.

Herr Waldschmidt weist Herrn Schöneiseiffen darauf hin, dass er auf die Frage möglicher Synergieeffekte nicht eingegangen sei. Auch sei noch unklar, inwieweit bei einer Gesamtausschreibung möglicherweise günstigere Einheitspreise erzielt werden könnten.

Anschließend stellt Herr Mömkes für die CDU-Fraktion den Antrag auf Vertagung, da ihm die Vorlage der Verwaltung ohne Zahlenmaterial nicht beschlussfähig erscheine und bittet, dass die Verwaltung die beiden Varianten noch einmal rechnerisch gegenüber stelle. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass die Mehrkosten nicht vollständig auf die Anlieger verteilt würden, sondern zu einem Teil von der Stadt im Rahmen des Gemeindeanteils als auch als Eigentümer des Friedhofsgrundstückes getragen würden.

Auf den Hinweis von Herrn Waldschmidt, dass ein solcher Vertagungsantrag nach der Geschäftsordnung nur von einem Ausschussmitglied gestellt werden dürfe, welches vorher noch nicht zur Sache gesprochen habe, übernimmt Herr Dr. Kassner diesen Antrag und beantragt gleichzeitig den Schluss der Debatte.

Frau Kreft weist darauf hin, dass die Frage des Straßenausbaus Kippekausen bereits seit einigen Jahren diskutiert werde. Wichtig sei eine Lösung zu finden, die sowohl im Interesse der Stadt als auch im Interesse der Bürger sei. Nachdem zwischen den Ausführungen der Verwaltung und dem Gutachten noch eine Reihe von Unterschieden zu bestehen scheint, bittet auch sie nochmals um Erläuterung dieser Fragen durch die Verwaltung in einer erneuten Vorlage. Aus diesem Grunde könne die SPD-Fraktion der Vertagung zustimmen, obwohl ihr eine Entscheidung in der heutigen Sitzung lieber gewesen sei.

Für die FDP-Fraktion erklärt Herr Dr. Fischer, dass man der Vertagung nicht zustimme, da trotz der Einwände der Verwaltung die kostenmäßigen Vorteile einer abgespeckten Variante eindeutig seien.

Herr Lang erinnert daran, dass er bereits zu Beginn der Diskussion die Möglichkeit eines Vertagungsantrages offen gelassen habe. Die heutige Diskussion habe ihn jedoch zu einer anderen Überlegung gebracht, zumal die Bürger bereits seit langem auf eine Entscheidung gewartet hätten. Im übrigen müsse er für sich das Recht in Anspruch nehmen, auch etwas zur Sache sagen zu dürfen, zumal ihm in der Vergangen-

heit vorgeworfen worden sei, die Sachdiskussion durch einen Vertagungsantrag zu unterbinden. Aus diesem Grunde stelle er für seine Fraktion den Antrag, lediglich die Fahrbahn und die Gehwege instand zusetzen.

Diesbezüglich weist Herr Waldschmidt darauf hin, dass im Rahmen eines Vertagungsantrages nach der Geschäftsordnung des Rates kein weiterer Sachantrag gestellt werden könne.

Nach Ansicht von Herrn Lang verstoße diese Vorgehensweise gegen die Grundsätze der Demokratie, zumal er zu Beginn der Diskussion bereits angekündigt habe, nochmals zur Sache zu sprechen. Ungeachtet dessen spreche er sich gegen die Vertagung aus.

Herr Waldschmidt erklärt, dass Herr Lang bereits die Möglichkeit gehabt habe, im Rahmen der Diskussion zur Sache zu sprechen.

Herr Hillebrand erklärt sich ebenfalls mit einer abgespeckten Lösung einverstanden, bittet jedoch darauf zu achten, dass die Barrierefreiheit eingehalten werde.

Für die Fraktion KIDitiative spricht sich Herr Rosen im Sinne des Gutachtens für eine abgespeckte Lösung und gegen eine Vertagung aus.

Abschließend vertritt Herr Ziffus für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Auffassung, dass die Sache entscheidungsreif sei.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 11 Ja-Stimmen (CDU und SPD) bei 5 Nein-Stimmen (FDP, Eine Stimme Bündnis 90/DIE GRÜNEN, KIDitiative und BfBB) bei einer Enthaltung (Eine Stimme Bündnis 90/DIE GRÜNEN) den Beschluss:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Herr Mömkes erinnert Herrn Lang daran, dass es zwei verschiedene Formen der Diskussion gebe: Auf der einen Seite die Geschäftsordnungsdebatte und auf der anderen Seite die Sachdiskussion. Wenn ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt werde, bestehe nur die Möglichkeit, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen und nicht zusätzlich noch zur Sache zu sprechen. Den Vorwurf eines mangelnden Demokratieverständnisses weist er als populistisch zurück.

Diesbezüglich erklärt Herr Lang, dass er auf unqualifizierte Bemerkungen nicht antworte.

Aus § 16 der Geschäftsordnung zitiert Herr Ziffus. Demnach kann ein Vertagungsantrag nur gestellt werden, wenn je ein Mitglied einer Fraktion die Gelegenheit hatte, zur Sache zu sprechen.

Diese Möglichkeit habe Herrn Lang gehabt, stellt Herr Waldschmidt abschließend fest.

<-@
@-> <-@

7

Anregung vom 01.11.2007, die im Bereich des Gebäudes Kippekausen 4 befindliche Bushaltestelle zu verlegen

Antragsteller: Eigentümergemeinschaft des Hauses Kippekausen 4, c/o Alfred Olbertz und Josef Faulhaber, Kippekausen 4, 51427 Bergisch Gladbach

@-> Herr Höring bittet die Verwaltung im Hinblick auf die genannten Alternativstandorte um nähere Informationen sowie um Nennung der entsprechenden Vor- und Nachteile.

Im Hinblick auf die Vertagung des Tagesordnungspunktes zum Straßenausbau Kippekausen schlägt Herr Waldschmidt vor, die Entscheidung hierüber ebenfalls in die kommende Sitzung des Ausschusses im Februar 2008 zu verschieben.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass eine Entscheidung über den Standort auch im Rahmen des Ausbaus zu treffen sei. Allerdings sei zu befürchten, dass es hinsichtlich einer möglichen Verlegung der Haltestelle keine großen Spielräume gebe. Ungeachtet dessen spricht er sich aus eigener Erfahrung für stärkere Kontrolle durch die Stadt in diesem Bereich aus.

<-@

8

Straßenbauprogramm 2008

@-> Herr Ziffus erklärt sich mit dem Straßenbauprogramm in der vorgelegten Form einverstanden. Insbesondere sei die Dolmanstraße im Bereich Steinbreche stark renovierungsbedürftig. Auch lasse sich aus der Vorlage der enorme Finanzbedarf für Straßenerneuerungen bzw. -sanierungen in den kommenden Jahren erkennen. Insofern müsse man in der Zukunft als Folge sparsam mit dem Bau neuer Straßen umgehen.

Unter Hinweis auf den Beschlussvorschlag erklärt Herr Lang, dass er mit dem Straßenbauprogramm an sich einverstanden sei, nicht jedoch mit der der Beitragserhebung für die Instandhaltung von Straßen.

Herr Dr. Kassner zeigt sich unter Hinweis auf Seite 30 der Vorlage überaus erstaunt darüber, dass bzgl. der finanziellen Auswirkungen auf den Vorlagentext verwiesen wird.

In diesem Zusammenhang möchte Herr Dr. Fischer wissen, ob bei den jährlichen Folgekosten auch negative Beträge, z.B. durch eintretende Ersparnisse bei Ausbaumaßnahmen, aufgeführt werden können.

Hierzu verweist Herr Hardt auf den vorhergehenden Tagesordnungspunkt und die dort vorgelegte Folgekostenberechnung, wonach im Falle der Erneuerung eine Reduzierung der jährlichen Folgekosten eintrete.

Ergänzend bittet Herr Dr. Fischer darum, diesen Aspekt bei den künftigen Beschlüssen zu berücksichtigen, um diese bzgl. der entstehenden Folgekosten für alle transparenter gestalten zu können.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass Straßenbaumaßnahmen in vielen Fällen nicht allein aus Wirtschaftlichkeitsaspekten durchgeführt würden, sondern auch aus Aspekten der Verkehrssicherheit. Dieser Punkt sei monetär im Rahmen einer Wirtschaft-

lichkeitsberechnung nur sehr schwer zu bewerten.

Abschließend erklärt Herr Hardt anhand der Folgekostenberechnung für die Maßnahme Kippekausen die genaue Vorgehensweise. Angesichts des zu beschließenden Gesamtprogramms sei eine solche Aufstellung insgesamt nicht realisierbar, vielmehr würden die Folgekosten bei den einzelnen Maßnahmebeschlüssen für den Ausschuss ausgewiesen.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt das Straßenbauprogramm 2008 in der vorgelegten Form und empfiehlt dem Rat die angeführten Mittel bei Einnahmen und Ausgaben zu berücksichtigen.

<-@

@-> <-@

9

Artikelsatzung zur Reintegration von Eigenbetrieben

@-> Herr Lang erinnert daran, dass seine Fraktion die Auflösung aller eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen beantragt habe. Nunmehr würden die gewinnbringenden Gebührenhaushalte als eigenbetriebsähnliche Einrichtungen weiter geführt, so dass man dieser Vorlage eigentlich nicht zustimmen könne. Dennoch werde man der Vorlage zustimmen, da hierdurch wenigstens zwei Betriebe aufgelöst würden.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Erlass der Artikelsatzung zur Reintegration eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach in der vorliegenden Fassung.

<-@

@-> <-@

10

Reintegration eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen;

VI. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Erlass des IV. Nachtrags zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister in der vorgelegten Fassung.

<-@

@-> <-@

11

Haushalt 2008 des Fachbereiches Umwelt und Technik für die Bereiche Umweltschutz, Verkehrsflächen und Stadtgrün auf der Grundlage der neuen Produktgruppen

@-> Herr Hardt korrigiert für den Bereich Verkehrsflächen zwei Zahlen des Teilergebnisplanes. So betrügen auf Seite 35 unter Ziffer 13 die Aufwendungen für die Unterhaltung von Verkehrsgrün nicht 410.000 €, sondern lediglich 145.000 €, während bei der lfd. Nr. 28 auf Seite 36 der Betrag lediglich 355.000 € betrage. Die Summe von 500.000 € entspreche dem Ansatz des Rates zur Pflege des Verkehrsgrüns. Im Investitionsprogramm, Seite 38 der Vorlage, sei die Verpflichtungsermächtigung für die Straßenbeleuchtung nicht mit übernommen worden, dies sei jedoch im Druckexemplar für die Entscheidung im Rat berücksichtigt.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Steffen sei festzustellen, dass im Bereich Umwelt die Ziele bzw. Handlungsfelder nahezu vollständig fehlen würden. Die Ziele, die genannt würden seien darüber hinaus nicht hinreichend bestimmt, so dass der Eindruck entstünde, der Umweltschutz spiele keine Rolle. Aus diesem Grunde beantragt er die Aufnahme des Ziels „Kontinuierliche Messung der Luftschadstoffbelastung in der Innenstadt Bergisch Gladbach“, da durch die neuen Einkaufszentren eine Zunahme der Verkehrsbelastung zu erwarten sei. Vor diesem Hintergrund müsse auch über die Einführung eines Parkleitsystems nochmals diskutiert werden.

Hierzu verweist Herr Waldschmidt darauf, dass in anderen Fachausschüssen Anträge zum Haushalt an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss ohne Beschlussvorschlag weitergeleitet worden seien. Die gestellten Anträge würden lediglich zum Protokoll genommen.

Zur grundsätzlichen Festlegung der Ziele erklärt Herr Schmickler, dass beim Einstieg in den NKF-Haushalt 2008 darauf hingewiesen wurde, nicht sofort ein komplettes Zielsystem vorzulegen, da dies mit einem erheblichen Aufwand verbunden sei, der zusammen mit der Umstellung auf NKF nicht zu bewerkstelligen sei. Insofern sei man sich zusammen mit der Politik einig gewesen, die Ziele schrittweise zu konkretisieren und nicht bereits im ersten Jahr sämtliche Ziele vorzugeben. Insbesondere bei den Zielen im Bereich Umwelt sei es aufgrund der differenzierten Zuständigkeiten und gesetzlichen Vorgaben schwierig, konkrete Ziele für die Stadt zu formulieren.

Herr Rosen verweist für seine Fraktion auf die in der Tischvorlage aufgeführten Ziele bzw. Ergänzungen. Er bittet, dieses Schreiben an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss bzw. den Rat weiterzuleiten. Man habe sich bei den beantragten Zielen an das gehalten, worüber man in der Vergangenheit im Ausschuss bereits einen Konsens erzielt habe.

Für Herrn Ziffus sei die bisherige Antwort der Verwaltung keine Antwort im eigentlichen Sinne. Entgegen anderen Bereichen in der Verwaltung lägen für den Umweltbereich noch keine differenzierten Zielvorgaben vor. Dort, wo es z.B. um die Schaffung von Bauland ginge, seien bis zu 16 strategische Ziele genannt, so dass insgesamt eine auffallend starke Asymmetrie innerhalb der Zielvorgaben des Haushalts zu erkennen sei. Dies sei die Fortsetzung einer gewissen Tradition, da alles das, was eine Planung behindere, liegen gelassen werde, während das, was planbeschleunigend sei, bevorzugt behandelt würde. Ungeachtet dessen stelle sich für ihn die Frage, ob eine Verabschiedung des Haushalts in dieser Form rechtlich möglich sei, da die Aufgaben auf der Basis konkreter Ziele zu entwickeln seien. Dort, wo keine Ziele vorgegeben seien, könnten keine Aufgaben entwickelt und demnach auch keine Maßnahmen beschlossen werden. Ferner bittet er in Zusammenhang mit dem Antrag seiner Fraktion zu TOP A 20 um Mitteilung, warum die Verwaltung die Auffassung vertrete, dass Ber-

gisch Gladbach nicht mit in den Ballungsraum einzubeziehen sei, was zur Folge habe, dass die Luftmessungen an einer politischen Grenze aufhören würden. Dies sei genauso wenig nachvollziehbar wie die Tatsache, warum keine Lärmmessungen für die Autobahn bzw. den Flughafen durchzuführen seien. Abschließend wünsche er sich, dass die Baumschutzsatzung zukünftig wieder eingeführt werde, zumal die entstehenden Kosten durch Ausgleichszahlungen ohne weiteres gedeckt werden könnten.

Zur Frage der Abgrenzung der Ballungsräume weist Herr Schmickler darauf hin, dass diese nicht unter Beteiligung der Stadt vorgenommen worden sei, sondern unter Beteiligung des Landes NRW. Im Hinblick auf die Ziele weist er nochmals darauf hin, dass es in keinem anderen Bereich seines Dezernates so dezidierte und bis ins Detail gehende gesetzliche Vorschriften einschließlich dazugehöriger Grenzwerte gebe wie im Umweltbereich. Angesichts der bekanntermaßen angespannten Personalsituation in der Verwaltung käme die Verwaltung aufgrund der Vielzahl von Anfragen auch aus dem Ausschuss nicht mehr zur eigentlichen praktischen Arbeit und müsse diese immer mehr zurückstellen. Zwischenzeitlich vertrete er die Ansicht, dass es sinnvoller sei, Maßnahmen z.B. zur Energieeinsparung umzusetzen als endlos Papier in dieser Hinsicht zu produzieren, zumal die Verwaltung noch eine Reihe von Hausaufgaben zu machen hätte.

Herr Sprenger erklärt sich mit der abschließenden Beratung des Haushalts im Finanz- und Liegenschaftsausschuss einverstanden. Des Weiteren bittet er die Verwaltung um Erstellung einer Liste mit allen städtischen Spielplätzen im Stadtgebiet sowie deren Größe, deren Ausstattung und deren aktuellem Zustand. Eine solche Liste sei vor einigen Jahren für den Jugendhilfeausschuss schon einmal angefertigt worden.

Für die Verwaltung sagt Herr Leuthe die Erstellung einer solchen Liste zu. Angesichts der gewünschten Zustandsbewertung bittet er jedoch, sich bis Januar des kommenden Jahres zu gedulden, da diese dann abgeschlossen werden könne.

Herr Dr. Fischer fragt Bezug nehmend auf die von Herrn Hardt genannten Änderungen nach, ob der Text der Vorlage generell nicht mit den Tabellen übereinstimme. Er möchte daher wissen, welche Konsequenzen sich hieraus für das Teilergebnis ergäben. Nicht zustimmen könne man der Einrichtung eines Ziels „Luftmessung“, da die Einrichtung dieses Ziels zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen Sinn mache, ohne hierfür bereits konkrete Lösungsansätze vorlegen zu können. Darüber hinaus habe das europäische Parlament die Verpflichtung zur Einführung dieser Schadstoffgrenzen in den Innenstädten auf 2011 verschoben.

Ergänzend zu seinem vorherigen Wortbeitrag schlägt Herr Ziffus vor, für die Verwaltung die Handlungsfelder und strategischen Ziele zu erarbeiten, so dass diese sie nur noch als Anlage zum Haushalt übernehmen müsse.

Herr Hardt weist darauf hin, dass die von ihm genannten Änderungen lediglich redaktioneller Art seien, die Gesamtsumme des Ansatzes sei identisch geblieben. In der Änderungsliste ergaben sich lediglich Änderungen durch die Ausweisung der Verpflichtungsermächtigung für die Straßenbeleuchtung sowie durch die Umsetzung des Ziels, eine Erhöhung der Werbeeinnahmen zu erzielen und den nunmehr damit einhergehenden erhöhten Ansatz um 80.000 €.

Probleme mit dem Beschlussvorschlag aus der Vorlage offenbart Herr Lang. Für ihn

sei hierin kein Beschlussvorschlag enthalten.

Im Zusammenhang mit einer mögliche Verschiebung des Ziels „Luftmessung“ weist Herr Rosen darauf hin, dass Voraussetzung hierfür seiner Ansicht nach vorliegende Messdaten seien, aus denen die Einhaltung der Grenzwerte erkennbar würde. Sofern diese Daten nicht vorlägen, müsse man sie durch Messungen erhalten.

Hierzu verweist Herr Schmickler darauf, dass die Zuständigkeit hierfür nicht bei der Stadt läge. Er möchte sich nicht wiederholen, jedoch habe die Stadt weder Geld noch das notwendige Personal, solche Messungen durchzuführen.

An ein seiner Ansicht nach formales Problem erinnert Herr Ziffus. Er habe erst am Montag die abschließende Vorlage für den Finanz- und Liegenschaftsausschuss erhalten. Nach der Geschäftsordnung hätten diese Unterlagen jedoch 7 Tage vor der Sitzung vorliegen müssen, bei schriftlicher Begründung der Dringlichkeit spätestens 4 Tage vor der Sitzung. Diese Fristen seien nicht gewahrt worden, so dass man weder heute noch morgen über die Vorlage entscheiden könne. Er werde daher in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses um Vertagung des Haushaltes bitten, da ansonsten seiner Ansicht nach kein legaler Haushalt 2008 verabschiedet werden könne.

Herr Schmickler erklärt, dass die Geschäftsordnung des Rates nicht von einzelnen Sachdarstellungen oder den Details einzelner Vorlagen spreche, sondern von der Tagesordnung im Allgemeinen. Selbstverständlich könnten keine neuen Sachverhalte innerhalb von drei Tagen in die Diskussion eingebracht werden, jedoch ergäben sich insbesondere im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushaltes in jedem Jahr eine Reihe von Änderungsanträgen, die in einer Veränderungsliste vorgelegt würden. Auch könnten seitens der Fraktionen in jeder Sitzung Änderungsanträge gestellt werden, über die dann abgestimmt würde, so dass diese Vorgehensweise übliche Praxis sei.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 14 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP und KIDinitiative) bei 3 Enthaltungen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN und BfBB) folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr leitet die Haushaltsplandwürfe in der vorgestellten Fassung zur weiteren Beratung an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss bzw. zur Beschlussfassung an den Rat weiter.

<-@

@-> <-@

12 **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2008**

@-> Herr Dr. Fischer erinnert an seine Beiträge aus den Vorjahren sowie daran, dass die Abführung an den Haushalt überhöht sei. So habe diese 2004 noch 4 Mio. € betragen, für das Jahr 2007 sei eine Abführung von 5,6 Mio. € geplant. Die jährliche Stei-

Steigerung betrage nach den Aussagen in der Investitionsplanung rund 400.000 €. Vor diesem Hintergrund werde seine Fraktion im Rat beantragen, die Summe von 5,2 Mio. € aus dem Jahre 2007 als Abführung an den allgemeinen städtischen Haushalt einzufrieren. Umgerechnet auf die Grundsteuer B ergebe sich durch den erwarteten jährlichen Anstieg von rund 400.000 € bei der Abführung an den Haushalt eine Steigerung um 10 – 15 Punkte. Da diese Steigerung überzogen sei, werde man einen entsprechenden Antrag im Rat stellen und erklärt, dass seine Fraktion dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen werde.

Herr Lang plädiert ebenfalls für eine Herabsetzung der sogenannten Gewinne, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass er dies beim Tagesordnungspunkt A 15 noch weiter ausführen werde.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Steffen habe man in der Vergangenheit ebenfalls des Öfteren darauf hingewiesen, dass eine Sanierung des Haushalts über die Gebühren unsozial sei. Sozialer sei es, stattdessen die Grundsteuer zu erhöhen, da eine Einzelperson im Vergleich zu einer Familie mehr an Fläche in Anspruch nähme, wo hingegen die Familie mehr Abwasser produziere.

Auf Transparenzschwierigkeiten bei diesem Tagesordnungspunkt verweist Frau Kreft. Es handele sich um eine große Summe, über die zu entscheiden sei. Aus diesem Grund würde sie und ihre Fraktion es begrüßen, wenn es zu jeder geplanten Investition einen entsprechenden Maßnahmebeschluss geben würde.

Hierzu verweist Herr Wagner auf die kommende Sitzung des Ausschusses. Dort würde das Kanalbauprogramm 2008 mit den einzelnen Maßnahmebeschlüssen zum Beschluss vorgeschlagen. Dies gewährleiste die bestmögliche Transparenz auch seitens des Abwasserwerks.

Herr Rosen erklärt, dass er die von Herrn Dr. Fischer genannten Zahlen ad hoc nicht nachvollziehen könne. Aus diesem Grunde beantrage seine Fraktion die Vertagung über diesen Tagesordnungspunkt.

Herr Ziffus weist darauf hin, dass eine Vertagung in einen anderen Fachausschuss nicht vorgesehen sei.

Hinweisend erklärt Herr Schmickler, dass eine Vertagung in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss nicht zulässig sei, da der Ausschuss die Funktion des Werksausschusses für das Abwasserwerk habe. Es sei lediglich möglich, die Entscheidung bis zur Ratssitzung zu schieben und keine Beschlussempfehlung abzugeben.

Hieran anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr bei 4 Ja-Stimmen (FDP, KIDitiative und BfBB) bei 13 Nein-Stimmen (CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN) den Beschluss:

Die Vertagung wird abgelehnt.

Herr Sprenger möchte wissen, warum die Maßnahme „Öffnung Frankenforstbach (Schubertstraße)“ auf Seite 55 der Vorlage gestrichen worden sei.

Hierzu erklärt Herr Wagner unter Hinweis auf Seite 62 der Vorlage, dass die Maß-

nahme nicht gänzlich gestrichen worden, sondern lediglich um ein Jahr verschoben worden sei.

Herr Lang weist darauf hin, dass im Rechnungsprüfungsausschuss darüber diskutiert worden sei, wie die einzelnen Maßnahmen abgewickelt würden. Viele Maßnahmen würden über Ingenieurbüros abgewickelt, in einem Fall sei die Schlussrechnung wegen mangelhafter Arbeit der bauausführenden Firma gekürzt worden. Es stelle sich jedoch die Frage, ob auch die Leistung des Ingenieurbüros zu kürzen sei. Von daher müsse man sich die Frage stellen, ob die Verwaltung in solchen Fällen gar keine Kontrolle mehr habe, zumal die Honorare der Ingenieure mit der Rechnungssumme der Baumaßnahme ebenfalls steigen würden.

Herr Wagner erläutert, dass das Abwasserwerk auch bei diesen Maßnahmen stark involviert sei. So würden bereits im Rahmen der Planung sämtliche Alternativen eingefordert und diskutiert, um gemeinsam die sinnvollste Lösung zu erzielen. Während der Bauphase könne man selbstverständlich nicht ständig vor Ort sein, jedoch gebe es regelmäßige und ständige Baustellenkontrollen. Im konkreten von Herrn Lang angesprochenen Fall werde man jedoch den Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes dem beauftragten Ingenieurbüro vorlegen und ggf. Schadensersatz einfordern.

Für die FDP-Fraktion beantragt Herr Dr. Fischer über den Wirtschaftsplan ausschließlich der Abführung an den Haushalt zu entscheiden. Hierüber sollte keine Empfehlung an den Rat abgegeben werden.

Herr Dr. Kassner bittet um Erläuterung, auf welcher rechtlichen Grundlage die Abführung an den städtischen Haushalt begründet sei, da nach seiner Kenntnis bei den Gebühren keine Gewinne erzielt werden dürften.

Diesbezüglich erklärt Herr Schmickler, dass es sich bei der Abführung an den Haushalt um eine Eigenkapitalverzinsung handele. In diese Berechnung ginge sehr genau ein, was von der Stadt und was von den Bürgern beigesteuert worden sei, hierfür gebe es separate Berechnungen. Bis zum Jahre 2007 sei man aufgrund der Vorgaben des Haushaltssicherungskonzepts von den Aufsichtsbehörden gezwungen gewesen, die Einnahmemöglichkeiten durch Eigenkapitalverzinsungen im gesetzlichen Rahmen auszuschöpfen. Derzeit liege diese Obergrenze bei 7,2 %, die Stadt setze eine kalkulatorische Verzinsung von 7 % im Rahmen der Gebührenkalkulation an.

Vor diesem Hintergrund bittet Herr Dr. Kassner, in den kommenden Wirtschaftsplänen hierfür eine andere, passendere Bezeichnung zu wählen.

Herr Ziffus möchte unter Hinweis auf Seite 65 der Vorlage wissen, warum dort das Wort Gewinnentnahme ausgewiesen werde. Jedoch seien die Zahlen etwas missverständlich, da in der neuesten Vorlage des Haushaltes der Ansatz für 2008 4,7 Mio. € betrage. In der Vorlage für diesen Ausschusse seien hingegen 5,6 Mio. € ausgewiesen und in der Vorlage für die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses sogar 6,1 Mio. €. Vor diesem Hintergrund bittet er um Erläuterung dieser unterschiedlichen Zahlen.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass er zuvor erklärt habe, woher der Gewinn stamme. Wie dies fachlich korrekt zu bezeichnen sei, müsse seitens des Fachbereiches Finanzen geklärt werden, da es sich um die Verzinsung des Eigenkapitals handele. Im

Hinblick auf die unterschiedlichen Zahlen verweist er darauf, dass die aktuelle Vorlage für den Finanz- und Liegenschaftsausschuss von der Kämmerei erstellt worden sei. Er bittet daher, diese Frage in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses zu stellen, da er die Begründung für die Differenz nicht kenne.

Sodann wiederholt Herr Dr. Fischer seinen Antrag, den Wirtschaftsplan ohne Abführung an den Haushalt zu beschließen. Dies habe ggf. eine Neukalkulation der Abwassergebühren zur Folge, da diese sich aufgrund der geringeren Eigenkapitalverzinsung verringern dürften.

Bezug nehmend hierauf weist Herr Ziffus darauf hin, dass dies im Umkehrschluss eine Steigerung der Grundsteuer B zur Folge haben müsste, da die Differenzsumme von rund 400.000 € zu finanzieren sei.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 6 Ja-Stimmen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDitiative und BfBB) bei 11 Nein-Stimmen (CDU und SPD) den Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion, die Abführung an den städtischen Haushalt (Gewinnentnahme) auf den Ansatz von 2007 (5.207.455 €) einzufrieren, wird abgelehnt.

Darüber hinaus der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 11 Ja-Stimmen (CDU und SPD) bei 4 Nein-Stimmen (FDP, KIDitiative und BfBB) sowie 2 Enthaltungen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Erlass des Wirtschaftsplans der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Jahr 2008 in der dem Rat am 20.09.2007 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 12.12.2007 zur Beratung vorgelegten Änderungen.

<-@

@-> <-@

13 **Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2008**

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) bei einer Gegenstimme (BfBB) folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Beschluss des Wirtschaftsplanes des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2008 in der dem Rat am 20.09.2007 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 12.12.2007 vorgelegten Änderungen.

<-@

@-> <-@

14 **II. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage**

(Entwässerungssatzung)

@-> Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDinitiative) bei einer Enthaltung (BfBB) den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Erlass der II. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) in der Fassung der Vorlage.

<-@

@-> <-@

15 **VI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)**

@-> Herr Dr. Fischer verweist auf seine Ausführungen zum Tagesordnungspunkt A 12. Da man die Auffassung vertrete, dass die Gebühren niedriger kalkuliert werden könnten, werde man gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmen.

Für Herrn Lang sei es offenkundig, dass die meisten Ausschussmitglieder nicht wüssten, wie sich die Gebühren zusammensetzen. Er möchte daher wissen, welche Zinsen die Stadt veranschlagen müsste, wenn sie sich ausschließlich an den von ihr gezahlten Fremdkapitalzinsen orientiere und für das Eigenkapital ein halbes Prozent weniger verlangen würde. Hier würde ein Teil des Gewinnes geschmälert, jedoch sei die Abführung an den Haushalt nicht allein mit diesen Gewinnen begründet worden, sondern damit, dass die Abschreibungserlöse vorübergehend dem Haushalt zugeführt werden könnten. Dies sei vom Verwaltungsgericht so betätigt worden, während es zu den Zinsen Bedenken geäußert habe und hierzu auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes verwiesen habe. Hierbei läge jedoch die Auskunft der Deutschen Bundesbank zugrunde, wonach 7,3 % Zinsen als Ertragszinsen zugrunde gelegt werden dürfen. Dieser Aussage läge jedoch offensichtlich ein Missverständnis zugrunde, da es offensichtlich sei, dass die Stadt einige Millionen mehr von den Bürgern verlange, als sie selber zu zahlen habe. Mit der vorgenannten Gerichtsentscheidung sei er als Kläger dahingehend bestätigt worden, als dass eine Abführung der Abschreibungen an den Haushalt in den Gebührenhaushalt zurückzugeben sei, sobald eine Erneuerung eines Anlageguts stattfände. Da ständig etwas erneuert werde, müsse nach seiner Überzeugung längst ein enormer Betrag eingesetzt worden sein. Die Frage, wie viel bereits erneuert und wie viel Geld aus den Abschreibungen dafür verwendet wurde, sei durch die Verwaltung zu beantworten. Noch nicht entschieden sei die Frage, inwieweit die Abschreibungen, die zu Eigenkapital werden und durch die Gebührenpflichtigen bezahlt würden, im Falle einer Erneuerung nochmals verzinst werden dürfen. Hier sei die Verwaltung der Auffassung, dass die Mittel, die zur Substanzerhaltung eingesetzt werden müssen, nochmals abgeschrieben werden dürfen. Dies habe zur Folge, dass die Gebührenpflichtigen der Stadt Eigenkapital verschaffen, welches wiederum verzinst werde. Abschließend erinnert er nochmals daran, dass eine große Firma im Stadtgebiet vom Anschluss- und Benutzungszwang befreit worden sei. Dies habe für den Bürger erhebliche Mehrbelastungen zur Folge und sei nicht sinnvoll. Außerdem zahle sie nur für den letzten Schritt der Ableitung in den rechtsrheinischer Kölner Randkanal. Aus diesem Grund rege man an, mit dieser Firma zu verhandeln und eine Kombination der beiden Kläreinrichtungen zu erreichen, was seiner Ansicht

nach sinnvoll sei.

Herr Schmickler verweist zu den rechtlichen Punkten von Herrn Lang auf die bereits vorliegenden Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes Köln, wonach sämtliche Gebührenkalkulationen ab 2004 rechtmäßig seien und die Rahmenbedingungen eingehalten würden. Völlig an der Sache vorbei gingen jedoch die Äußerungen von Herrn Lang zu der von ihm angesprochenen großen Firma. Eine Übernahme der abwassertechnischen Entsorgung dieser Firma hätte für die Stadt enorme Investitionen zu Lasten der Gebührenzahler zur Folge, wobei die Refinanzierung vom betrieblichen Erfolg dieser Firma abhinge. Dies sei ein großes Pokerspiel zu Lasten der Bevölkerung, auf das man sich als Stadt nicht einlassen könne, so dass die heutige Lösung einer eigenen Abwasserentsorgung für die Stadt die Beste sei.

Dem Vorwurf von Herrn Lang, die Mehrheit der Ausschussmitglieder sei nicht ausreichend über die Gebührenkalkulation informiert, widerspricht Herr Mömkes ausdrücklich. Die Ausführungen von Herrn Lang würden im Gegenteil sogar zeigen, dass er selbst nicht wisse, worüber er eigentlich rede.

Herr Ziffus weist darauf hin, er habe bei der Genehmigung der Kläranlage für die große Firma darauf hingewiesen, dass dort im Gegensatz zu den städtischen Abwässern kein Stickstoffüberschuss vorhanden sei. Hinsichtlich evtl. auftretender Kapazitätsschwankungen bei dieser Firma sei es jedoch sinnvoll, die bisherige Lösung beizubehalten, wobei es sich für diese Firma offensichtlich um einen exzellenten Standort handelt und nicht davon auszugehen sei, dass die Firma den kurzfristig Betriebsstandort aufgeben würde.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 11 Ja-Stimmen (CDU und SPD) bei 4 Nein-Stimmen (FDP, KIDinitiative und BfBB) bei 2 Enthaltungen (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Beschluss der VI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zu Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) in der Fassung der Vorlage.

Die Gebührenkalkulation ist Bestandteil dieses Beschlusses.

<-@

@-> <-@

16 III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwägung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Herr Lang möchte wissen, warum angesichts der Investitionen in die Kanalisation eine Abwasserabgabe an das Land NRW zu zahlen sei.

Hierzu erklärt Herr Wagner, dass durch die Einführung des sog. Trennerlasses die Auflagen für Gewässereinleitungen erheblich gestiegen seien. So gebe es Gebiete, für die die Stadt früher befreit war und für die nunmehr Abwasserabgabe zu entrichten sei. Da für jede Einleitung ohne eine vorherige Regenwasserklärung Abwasserabgabe

zu zahlen sei, könne die Stadt dem zukünftig nur durch geeignete Maßnahmen entgegen wirken.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) bei einer Enthaltung (BfBB) den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Erlass der III. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwägung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach (AAS).

Die der Vorlage beigefügte Kalkulation ist Bestandteil des Beschlusses.

<-@

@-> <-@

17 **II. Nachtrag zur Entgeltordnung des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Herr Dr. Kassner vermisst in der Vorlage einen Vergleich der neuen Gebühren mit den noch aktuellen Gebühren.

Diesbezüglich verweist Herr Waldschmidt auf die Zahlen in Klammern hinter der Nr. 12. bei der lfd. Nr. 11 sei lediglich der Tatbestand „Anhänger bis 100 kg“ neu hinzugefügt worden.

Sodann der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) bei einer Enthaltung (BfBB) den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Erlass des II. Nachtrags zur Entgeltordnung des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach in der als Anlage beigefügten Fassung.

<-@

@-> <-@

18 **VIII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung)**

@-> Herr Lang erklärt, dass nach der bisherige Gebührensatzung eine Ermäßigung für einen Ein-Personen-Haushalt nicht vorgesehen sei. Darüber hinaus seien die Staffellungen bei 3 bzw. 5 Personen ähnlich, auch für diese Fälle sei eine Ermäßigung nicht vorgesehen. Er möchte daher wissen, ob im Sinne der Gebührengerechtigkeit die Gewährung einer Ermäßigung auch für diese Konstellationen möglich sei. Auch möchte er wissen, welche Auswirkungen eine andere Staffelung der BAV-Gebühren auf die Abfallgebühren der Stadt habe, da der BAV vor einigen Jahren seine ursprünglich nur nach der Menge berechnete Gebühr auch von der Einwohnerzahl abhängig gemacht habe. Grund für diese Verschiebung sei eine bessere Sortierung des Mülls in Bergisch Gladbach gewesen, so dass die Bürger hierfür nachträglich über Gebührenerhöhungen bestraft worden seien.

Zur Frage der Gebührenermäßigung verweist Herr Carl auf die Regelungen der Abfallsatzung. Hier rede man jedoch über die Abfallgebührensatzung, sodass man in

diesem Zusammenhang über die Fragestellung nicht diskutieren könne. Hinsichtlich der BAV-Gebühren verweist er auf die einschlägige Satzung, nach der der Abfallwirtschaftsbetrieb ebenfalls veranlagt werde. Es handele sich somit um sog. „Drittkosten“, die in die Kalkulation übernommen werden können und im Rahmen der Ermittlung der ansatzfähigen Gesamtkosten auf die Gesamtliterzahl verteilt werden.

Frau Kreft möchte wissen, inwieweit ein Benutzungszwang für Gewerbetreibende vorliegt und wie dieser kontrollierbar sei.

Diesbezüglich erklärt Herr Carl, dass grundsätzlich eine Beseitigungspflicht der Abfälle aus Gewerbebetrieben zugunsten der Kommunen bestehe. Jedoch sei es gängige Praxis, diese Abfälle auch nach der Rechtsprechung einem Privaten zur sog. „Verwertung“ zu überlassen und somit die Beseitigungspflicht zu umgehen. Dies habe zur Folge, dass die Kontrolle durch den Abfallwirtschaftsbetrieb insbesondere bei großen Behältern oder Presscontainern schwierig sei. Hier stehe der Abfallwirtschaftsbetrieb auf etwas verlorenem Posten.

Herr Ziffus erklärt die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion zum Beschlussvorschlag. Ungeachtet dessen möchte er wissen, welche Veränderungen sich bei den Gebühren in der Zukunft angesichts der gestiegenen Energiepreise abzeichnen und wie einzelne Abfälle, z.B. aus Kunststoffen wiederverwertet werden können. So könne er sich vorstellen, dass es lukrativ erscheinen könne, Kunststoffe zusammen mit Restmüll zu sammeln, umso einen höheren Erfassungsgrad für Kunststoffe zu erzielen.

Nach Ansicht von Herrn Carl sei diese Frage schwierig zu beantworten, da der Energiemarkt nicht ohne Einfluss auf die Abfallwirtschaft sei. So würden heute mehr Abfälle energetisch verwertet als noch vor einigen Jahren. Die Trennung zwischen dem, was lukrativ zu verwerten sei und dem, was energetisch verwertet werden könne, werde immer schärfer, wobei der Trend dahingehe, gemischt erfasste Abfälle zu verbrennen.

Herr Lang vertritt die Auffassung, dass seine Frage zur Ermäßigung durchaus auch in diesem Rahmen beantwortet werden könne. Ungeachtet dessen möchte er wissen, warum der Gewerbetreibende im Vergleich zum Bürger weniger zu zahlen brauche. Auch könne Herr Carl sich nicht mit einem Hinweis auf die Gebührensatzung des BAV aus der Verantwortung stehlen, da er maßgeblich mitverantwortlich für dessen Gebührenstruktur sei. Stattdessen müsse er sich dafür einsetzen, dass die Bürger Bergisch Gladbachs nicht mit höheren Gebühren des BAV belastet würden als unbedingt notwendig.

Hierzu erklärt Herr Carl, dass er die Fragen von Herrn Lang gerne beantworte, nur eben nicht in diesem Rahmen. Zur Frage der Gebührenhöhe für Gewerbetreibende verweist er auf Seite 143 der Vorlage. Demnach dürften bei der Kalkulation der Gebühren für Gewerbetreibende einzelne Kostenanteile nicht mit eingerechnet werden.

Im Zusammenhang mit der Frage von Frau Kreft möchte Herr Mömkes wissen, ob unter dem Begriff der Beseitigung eine Deponierung der Abfälle zu verstehen sei.

Herr Carl erläutert, dass eine Beseitigung bzw. eine Verwertung in der gleichen Anlage möglich sei. Es bestünden erhebliche Schwierigkeiten, dies sowohl zu verstehen als auch zu vermitteln.

Welche Möglichkeiten bestünden, den Benutzungszwang für das Gewerbe durchzusetzen, möchte Herr Dresbach wissen.

Diesbezüglich erklärt Herr Carl, dass der Markt von einigen großen Abfallerzeugern bestimmt werde, deren Interesse es sei, in erster Linie Kosten einzusparen. Dabei seien die Gebühren der Kommune höher als die Kosten einer privaten Verwertung. So sei aus der Kalkulation zu erkennen, dass rund 2.100 Gewerbetonnen aufgestellt worden seien, wobei ein Sechstel des Gesamtvolumens auf 33 Behälter entfalle. Soweit die Kosten hierfür aufgrund einer privaten Verwertung wegfielen, hätte dies eine Umlage der Kosten auf die privaten Haushalte zur Folge. Die Überwachung der Entsorgung sei nur durch strengere Kontrollen zu erzielen, was wiederum erhöhte Personalkosten zur Folge habe. Diese Kosten müssten dann wieder auf die Gebühren umgelegt werden, was eine Steigerung zur Folge habe. Alternativ böte sich daher nur die Möglichkeit einer anderen Gebührenstruktur an, die der von Herrn Lang kritisierten des BAV entspreche.

Herr Dr. Steffen vertritt die Ansicht, dass der Aspekt der Verbrennung dort seine Grenze finde, wo der Heizwert für die Verbrennungsöfen zu groß würde. Dies wiederum lasse die Chance entstehen, eine bessere Verwertung der Abfälle zu erzielen.

Nach Ansicht von Herrn Carl mache diese Überlegung Sinn, setze jedoch eine Sortierung der Abfälle voraus, die wiederum Geld koste. Diese Sortierung spare man sich heute bei den Entsorgern, in dem man die Abfälle kostengünstig und energetisch in einer Müllverbrennungsanlage verwerte. Hiergegen habe man keine Handhabe, da eine entsprechende Regelung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes europarechtlich gekippt worden sei.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDinitiative) bei einer Gegenstimme (BfBB) folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Erlass der VIII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach in der als Anlage beigefügten Fassung.

Die Gebührenkalkulation vom 28.11.2007 sowie die Abrechnungskalkulation für das Gebührenjahr 2006 sind Bestandteil dieses Beschlusses.

<-@

@-> <-@

19

1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)

@-> Bezug nehmend auf die Reinigung und den Winterdienst in den Fußgängerzonen stellt Herr Dr. Fischer fest, dass der Rückgang der Gebühren im Wesentlichen auf die Einstellung der Überdeckungen der Jahre 2005 bzw. 2006 in Höhe von rund 50 % der ansatzfähigen Kosten zurückzuführen sei. Ohne diese Überdeckungen sei die Gebühr demnach doppelt so hoch wie nunmehr kalkuliert. Angesichts des zu befürchtenden

schlagartigen Anstiegs der Gebühren nach Einstellung der Überdeckungen 2005 und 2006 schlägt er vor, diese Überdeckungen nur insoweit einzustellen, als dass die Gebühr gegenüber 2007 konstant bleibt und die verbleibenden Überdeckungen in die Kalkulation der Gebühr 2009 einzustellen. Dies habe auch in den kommenden Jahren eine annähernd gleich bleibende Gebühr zur Folge.

Herr Carl erklärt, dass es auch Ziel des Abfallwirtschaftsbetriebes sei, eine Gebührenstabilität zu erreichen. So habe man einem evtl. Anstieg der Gebühren in 2009 vorgesorgt, in dem man die Überdeckung des Jahres 2006 nicht komplett eingestellt habe. Er verweist insoweit auf Seite 154, lfd. Nr. 1 der Vorlage. Demnach stehe für die Kalkulation des Jahres 2009 noch eine Überdeckung in Höhe von 60.000 € zur Verfügung.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig den Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat den Erlass der I. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Bergisch Gladbach in der als Anlage beigefügten Fassung.

Die Gebührenkalkulation vom 28.11.2007 für das Jahr 2008 sowie die Abrechnungskalkulation für das Jahr 2006 sind Bestandteil dieses Beschlusses.

<-@

@-> <-@

- 20 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22.11.2007 die Verwaltung zu beauftragen, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr über die Fortschritte der EU-Umgebungslärmrichtlinie in Bezug auf den Ballungsraum Köln-Leverkusen-Bergisch Gladbach zu berichten.**

@-> Unverständnis darüber, dass Bergisch Gladbach nicht mit in den Ballungsraum Köln-Bonn-Leverkusen aufgenommen wurde, äußert Herr Ziffus. Für ihn sei diese Trennung sachlich nicht nachvollziehbar.

<-@

- 21 **Antrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2007, die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welches zur Sanierung anstehende Schulgebäude unter besonderer Berücksichtigung einer energetischen Sanierung zu einer "Niedrigenergie-Schule" modellhaft für weitere Sanierungen städtischer Gebäude umgerüstet werden kann.**

@-> Herr Mömkes erklärt, dass der Antrag richtigerweise im Finanz- und Liegenschaftsausschuss hätte gestellt werden müssen. Er betreffe aber auch den Umweltausschuss dahingehend, dass es hier um eine umweltpolitische Maßnahme gehe, die u.a. zu einer Energieeinsparung führen solle. Vor diesem Hintergrund sei er zumindest zur Kenntnisnahme für diesen Ausschuss angemessen.

Nach Auffassung von Herrn Ziffus käme angesichts der Schullandschaft in Bergisch

Gladbach für ein derartiges Programm lediglich die weiterführenden Schulen der nicht sanierte Teil des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums, die Otto-Hahn-Schule sowie das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium in Betracht. Er bittet daher darum, bei der Weitergabe dieses Antrages an die Verwaltung insbesondere diese drei Schulen bzw. Schulzentren angesichts der zu erwartenden Einsparungen zu untersuchen. Des Weiteren sei man vom Sinn eines solchen Antrages angesichts der bekannten Klimaprobleme derart überzeugt, dass man der Verwaltung zusätzlich zum Antrag der CDU-Fraktion eine Frist bis Ende 2011 setzen möchte, um eine solche Sanierung in Sinne des Antrags abzuschließen. Man müsse sich dann jedoch darüber im Klaren sein, dass die Schule eine ähnliche Struktur haben müsse wie das Kreishaus, d.h. mit einer Einrichtung zur Wärmerückgewinnung u.ä., umso die Standards einer Niedrigenergieschule erreichen zu können. Es sei davon überzeugt, dass die Umsetzung einer solchen energetischen Sanierung möglich sei.

Ergänzend erklärt Herr Mömkes, dass man mit dem Antrag nicht nur das Ziel verfolge, die Verwaltung zu beschäftigen, sondern das Ziel erreichen möchte, nach Abschluss der Prüfung einen entsprechenden Maßnahmebeschluss zur Sanierung eines Schulgebäudes zu fassen.

Abschließend verweist Herr Rosen nochmals auf seine Anfragen aus den letzten beiden Ausschusssitzungen zu den anstehenden Schulsanierungen. Die entsprechende Antwort hierzu habe er mit Schreiben vom 26.11.2007 erhalten. Er hoffe, dass der Antrag der CDU-Fraktion dazu beitrage, in der nächsten Zeit eine ausführliche Übersicht über den Zustand der Schulen zu erhalten, um sich einen Überblick über noch anstehende Sanierungsmaßnahmen verschaffen zu können. Allerdings merkt er an, dass die Umsetzung des Antrages über 2011 hinaus angesichts der ständig steigenden Energiepreise mit erheblichen finanziellen Nachteilen für die Stadt verbunden sein dürfte.

[<-@](#)

22 Anfragen der Ausschusmitglieder

[@-> Herr Hillebrand:](#)

Ich bitte darum, die Beiräte rechtzeitig über das Gutachten in Sachen Kippekausen zu informieren, da uns dieses Gutachten noch nicht vorliegt. Des weiteren bitte ich zukünftig darum, dass solche Gutachten uns rechtzeitig zugeleitet werden, um sie auf den Aspekt der Barrierefreiheit hin zu untersuchen.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass eine Beteiligung der Beiräte im Rahmen der Ausbauplanung für die Straße Kippekausen bereits 2003/2004 erfolgt sei. Ungeachtet dessen sagt er nach Vorlage des Gutachtens eine neue Beteiligung zu.

Herr Lang:

Mir liegt ein Brief eines Elternteils vor, der sich bei allen Fraktionen darüber beschwert, dass es mir der Sanierung schadstoffbelasteter Schulräume nicht vorangehe. Ich erwarte spätestens zur Ratssitzung eine Erklärung sowie eine Stellungnahme zu diesem Schreiben.

Herr Schmickler erklärt, dass er die Aussage des Vaters nicht nachvollziehen könne. Man habe unmittelbar nach Bekanntwerden der Belastung einen Gutachter beauftragt, inzwischen liefen in einer Reihe von Räumen konkrete Messungen. Diese Messungen hätten das Ziel, die Belastungen und deren Herkunft genauer kennen zu lernen. Es

werde sich eine Probesanierung anschließen, die das Ziel verfolge festzustellen, welche Komponenten der einzelnen Räume zu sanieren seien, um die Grenzwerte zuverlässig zu unterschreiten. Diese Vorgehensweise sei zwingend, da man es mit einer Substanz zu tun habe, die in anderen Bauteilen wie Wänden, Türen etc. wieder gespeichert würde. Hierüber gebe es eine enge Zeitplanung, die Probesanierung finde voraussichtlich im kommenden Frühjahr statt. Anschließend erstelle der Gutachter bis Mitte 2008 eine Gesamtsanierungsplanung, die mit der Sanierungsplanung für die gesamte Schule abzustimmen sei. Hieran anschließend könnte dann die Ausschreibung der Leistung erfolgen. Alles was bereits heute getan werde wie z.B. eine verbesserte Lüftung der Räume sowie Änderungen an der Heizungsanlage, sei mit dem Gesundheitsamt abgestimmt. Die Messungen sowie die Probesanierung stellten für die Sanierungsmaßnahme zwingende planerische Vorleistungen dar. Es bringe nichts, in einem Schnellschuss nur die Deckenplatten zu ersetzen. Insofern gehe der Brief des Vaters insgesamt gesehen in die falsche Richtung.

Für Herrn Lang sei die Sorge des Elternteils nachvollziehbar. Es stelle sich für ihn die Frage, ob die Planungen nicht gleichzeitig durchgeführt werden könnten.

Diesbezüglich erklärt Herr Schmickler, dass parallele Planungen nicht möglich seien. So könne man nicht nur in einem beliebigen Raum eine Sanierung durchführen, sondern müsse unterschiedliche Raumtypen spezifizieren, um sicherzustellen, dass das Risiko einer Belastung zukünftig auch dort vermieden wird. Er betont im Übrigen nochmals, dass der sog. Sanierungsgrenzwert nicht überschritten wird.

Herr Jung:

Ich erinnere an die seinerzeit beschlossene Verringerung der Standorte für Glascontainer im Stadtgebiet. Es wurde zugesagt, dass der Abholer recht flexibel arbeiten würde. Nunmehr habe ich feststellen müssen, dass viele leere Flaschen auf den einzelnen Glascontainern abgestellt werden, da diese überfüllt sind. Wie gedenkt die Verwaltung vorzugehen, um dies zukünftig zu verhindern.

Hierzu verweist Herr Carl auf unvorhersehbare Probleme in den letzten beiden Wochen, da bei der Abfuhrfirma ein Fahrzeug ausgefallen sei. Man habe sich dann bei einem anderen Entsorger ein Fahrzeug ausgeliehen, was jedoch ebenfalls nach nur kurzer Zeit ausgefallen sei. Hierdurch seien Überfüllungen der Container in diesem Zeitraum unvermeidbar geworden. Er appelliert jedoch auch an den Bürger, in einem solchen Fall das Glas nicht einfach abzuladen, sondern wieder mitzunehmen. Angesichts der bevorstehenden Weihnachtszeit und des Jahreswechsels sowie der damit einhergehenden Zahl geringer Abfuhrtage sei zu befürchten, dass dieses Problem dann wieder auftrete. Es sei daher beabsichtigt, hierzu eine Presseerklärung zu veröffentlichen und die Bürger zu bitten, die leeren Flaschen erst im neuen Jahr zu den Altglascontainern zu bringen.

Herr Mömkes:

In der Straße Im Bruch in Höhe der Einmündung am Meiler gibt es nach Aussagen von Anwohnern erhebliche Beschädigungen in der Straße, die vor allem im Dunkeln eine Gefahrensituation darstellen.

Darüber hinaus werden in den Straßen An der Wallburg und Dolmanstraße derzeit Gasdruckleitungen verlegt. In beiden Straßen sind erhebliche Parkräume durch Baumaterialien u.ä. belegt, wobei sich mir die Frage stellt, warum diese Flächen über-

haupt blockiert werden müssen. So gibt es allein an der Straße An der Wallburg drei Bereiche, die von der Firma in Anspruch genommen würden, obwohl gerade hier der Parkdruck enorm sei. Ist es möglich, dass die Firmen versuchen, ihre Lagerbereiche so gering wie möglich zu halten?

Herr Schmickler sagt zu, dass die beiden Punkte überprüft und weitergegeben würden.

Herr Dr. Fischer:

Mir liegt für ein im Jahre 2001 erstelltes Mehrfamilienhaus ein Abwassergebührenbescheid der Stadt vor, mit dem Gebühren ab dem Jahr 2003 bis Anfang 2007 erhoben werden. Wie kann dies sein, da die Gebühren normalerweise von der BELKAW im Auftrag der Stadt erhoben werden?

Hierzu erklärt Herr Schmitz, dass es sich in diesem Fall um eine Nachveranlagung zu Abwassergebühren handelt, die unmittelbar vom Abwasserwerk der Stadt vorgenommen wurde. Es habe in der Vergangenheit einige Fälle gegeben, in denen durch die Systemumstellung bei der BELKAW ab dem 01.09.2001 Grundstücke nicht mehr mit Abwassergebühren belastet wurden, offensichtlich habe es sich hierbei um einen solchen Fall gehandelt. Zwischenzeitlich seien jedoch sämtliche Nachveranlagungen abgeschlossen. Darüber hinaus stehe man insbesondere bei Neubauten in ständigem Kontakt mit der BELKAW, um derartige Fälle in der Zukunft vollkommen auszuschließen.

Herr Rosen:

Ich habe vor einiger Zeit schon einmal darauf hingewiesen, dass auf der Luxemburger Straße in Köln immer noch auf Bensberg hingewiesen wird. Herr Schmickler hatte damals zugesagt, sich mit seinem Amtskollegen in Köln diesbezüglich in Verbindung zu setzen. Wie ist der Sachstand in dieser Angelegenheit?

Herr Schmickler erklärt, dass er auf das Problem anlässlich eines Termins am 04.01.2008 den Vertreter der Stadt Köln hinweisen werde.

Herr Ziffus:

Angesichts der PCB-Belastung im DBG dürfte es für Lehrer nicht zumutbar sein, sich dort aufzuhalten um Korrekturen vorzunehmen bzw. Unterricht vorzubereiten. Insofern stelle sich die Frage, ob für den Zeitraum der Sanierung ein eigener Arbeitsraum durch das Finanzamt anerkannt wird. Ich bitte dies durch das städtische Rechtsamt zu überprüfen.

Des Weiteren möchte ich wissen, wann die Lehrer bzw. Schüler als Betroffene die Daten über die PCB-Belastung erhalten. Es bestehe ein zwingendes Interesse daran, welche Stoffe in welcher Konzentration freigesetzt würden.

Ferner hätten in der jüngsten Vergangenheit sowohl Lehrer wie auch Schüler PCB-Untersuchungen vornehmen lassen. Derartige Untersuchungen seien teuer und würden nur in den seltensten Fällen von der Krankenkasse bzw. der Beihilfe übernommen. Können die Betroffenen die Rechnungen an die Stadt weitergeben, da nach seiner Ansicht diese seit 2002 von dem Problem gewusst hat.

Wir werden uns in den kommenden Jahren mit dem Problem der Sanierung der Verkehrsflächen in der Innenstadt von Bergisch Gladbach auseinandersetzen müssen. Besteht die Möglichkeit, dem Ausschuss verschiedene Gestaltungsvarianten hierzu in einer der kommenden Sitzungen vorzustellen? Ggf. besteht auch die Möglichkeit, hierzu Vergleiche mit anderen Städten durch eine Besichtigungsfahrt zu erhalten.

Herr Schmickler verweist zur Frage der Lehrerarbeitsplätze zuständigkeithalber an das Land NRW als Arbeitgeber, zumal die Stadt die Bezirksregierung bereits informiert habe. Ferner mache man aus den Messwerten entsprechend den Vorgaben des Umweltinformationsgesetzes kein Geheimnis, es empfehle sich jedoch, die zusammenhängenden Ergebnisse sowie die sich daraus ergebenden Bewertungen abzuwarten. Zur Frage der Untersuchungen sehe er keine Veranlassung einer Kostenübernahme durch die Stadt, da PCB auch über die Luft bzw. über die Nahrung aufgenommen würde. Abschließend verweist er in der Frage der Innenstadtgestaltung auf die Planungen im Zusammenhang mit der Regionale 2010. Der hierzu gehörende Ablaufplan sei in der letzten Sitzung des Hauptausschusses bekannt gemacht worden, die Einrichtung spezieller Arbeitskreise für einzelne Punkte sei vorgesehen. Insofern sei eine Einschaltung der Politik gegeben. Inwieweit in diesem Zusammenhang Besichtigungsfahrten in andere Städte erforderlich würden, müsste im entsprechenden Arbeitskreis diskutiert werden.

Herr Dresbach:

Ich konnte mich in den letzten Wochen über die hervorragende Arbeit des City-Service informieren. Ich bitte um Erstellung einer Auflistung, wie viele Personen aus dem City-Service bereits in den Arbeitsmarkt wechseln konnten und wie viele Personen unmittelbar von der Stadt übernommen werden konnten.

Anschließend schließt der stellvertretende Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.26 Uhr <-@

gez. Waldschmidt
stellv. Vorsitzender

gez. Schmitz
Schriftführer